



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470  
Fernsprecher 24834 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/220 - 27. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1	Wie die Katze um den heißen Brei Zu einem Artikel in der offiziellen "Diplomatische Korrespondenz"	38
2	Die "unsägliche Feinlichkeit des Parteien-Proporztes" Von Dr. Adolf Arndt, MdE	34
3	Eine Chance Londons Selwyn Lloyd und seine Gespräche in New York	48
4	Wahlvorbereitungen in Großbritannien Zum Parteitag der Labour Party	51
5 - 6	China - eine Industriemacht im Werden Ein alter General ist kein Gegengewicht	99

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Wie die Katze um den heißen Brei

sp - Die "Diplomatische Korrespondenz", eines der vielen offiziellen Organe der Bundesregierung, mit denen öffentliche Meinung gemacht wird, hat am 26. September 1958 - also wenige Tage vor der in Berlin stattfindenden Bundestagssitzung - einen aufschlußreichen Artikel über die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion veröffentlicht. Abgesehen davon, daß in diesem Artikel so getan wird, als sei der diplomatische Verkehr zwischen Bonn und Moskau gleichbedeutend mit den Beziehungen des deutschen Volkes zu den Völkern der Sowjetunion, enthält er außerdem die zwar nicht neue aber immer wieder bemerkenswerte Tendenz, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands so darzustellen, als handle es sich hierbei um eine Art Anschluß Mitteleuropas an die Bundesrepublik.

Das geht aus der Tatsache hervor, daß man in diesem sonst recht beachtlichen Artikel die Frage, unter welchen Voraussetzungen erfolgversprechende Erörterungen über die Wiedervereinigung erneut in Gang gebracht werden könnten, völlig ignoriert. Man verhält sich so, als wisse man nicht, daß Moskau im jetzigen Stadium der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen in erster Linie daran interessiert ist, von Bonn zu hören, wie man sich den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands vorstellt. Ob dieses Deutschland nach seiner Wiedervereinigung Mitglied der NATO werden kann und vielleicht sogar werden soll, oder ob es im Rahmen eines militärblockfreien europäischen Sicherheitssystems den Platz einnehmen wird, auf den es aus Gründen der Sicherheit des deutschen Volkes, aber auch wegen einer anzustrebenden internationalen Entspannung im allseitigen Interesse Anspruch erheben könnte.

Um alle diese Fragen, deren Beantwortung die Voraussetzung für jeden erfolgsversprechenden Dialog über die Wiedervereinigung Deutschlands zwischen Moskau und Bonn sind, geht die "Diplomatische Korrespondenz" herum wie die Katze um den heißen Brei. Hierüber täuscht auch nicht der bewußt vornehm gehaltene Ton des Artikels über die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau hinweg.

Aus all' dem ist zu schließen, daß das offizielle Bonn nichts anderes zu tun gedenkt, als die bisherige zu keinem Ergebnis in der Wiedervereinigungsfrage führende Politik fortzusetzen. Ob die CDU als stärkste Regierungspartei auf die Dauer gewillt ist, die Ideenlosigkeit des Bonner Auswärtigen Amtes zu decken, sollte eigentlich die kommende Bundestagssitzung in Berlin zeigen. Wird es dort eine Antwort auf diese Frage geben?

Die "unsägliche Peinlichkeit des Parteien-Proporz".

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Es war einmal ein Bundesminister des Innern. Er gehörte der CDU an. Jener Bundesminister wies oft und eindringlich darauf hin, daß es um der Freiheitlichkeit unseres Staatswesens willen politische Parteien geben müsse. Er hatte erkannt, daß die Freiheit, Parteien zu bilden, ein gutes und fruchtbares Mittel ist, die Gesellschaft zu gliedern, sie handlungsfähig zu machen sowie vor allem, um die Macht im Staate zu begrenzen und sie durch wechselseitige Aufsicht vor politischem Mißbrauch zu bewahren. Das ist kein Märchen. Jener Bundesminister des Innern, der sich so vernehmen ließ, war Gustav Heinemann.

Es war nicht, sondern ist einmal ein Bundesminister des Innern, der auch der CDU angehört. Er versteht nicht, warum das Grundgesetz die politischen Parteien zur Mitwirkung an der Willensbildung im Volke beruft und ihre Freiheit gewährleistet. Dieser Bundesminister des Innern heißt Schröder. Für ihn ist es eine "unsägliche Peinlichkeit des Parteien-Proporz", daß die politischen Parteien ihre freiheitliche Aufgabe auch in den Rundfunkanstalten als öffentliche Einrichtungen zu erfüllen haben.

Gewiß sollen die Parteien dort nicht allein herrschen. Sicherlich sind auch die Parteien Machtgebilde, die zu einem Mißbrauch ihrer Macht reizen. Das Beispiel in unserem Nachbarlande Österreich, wo fast alles einzig und allein nach dem Parteiproporz verteilt wird, ist nicht nachahmenswert. Alles muß mit Maß geschehen. Mit dieser Richtschnur können aber, sollen und müssen gerade auch die politischen Parteien durch ihre wechselseitige Kontrolle einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, daß solche Machtmittel wie Funk und Fernsehen nicht das Monopol einseitiger Richtungen werden, sondern die freiheitliche Vielfalt der geistigen Kräfte dort ihren Ausgleich und ihren Ausdruck findet.

Übrigens wird auch sonst ein demokratisches Gemeinwesen vom Verhältnis der Mehrheiten und der Minderheiten zueinander bestimmt. Ob Herr Schröder wohl meint, daß er als Elite-Mensch in sein Amt als Bundesminister des Innern berufen wurde? Oder kann er sich noch daran erinnern, daß er infolge des Proporz zwischen den Parteien dieses Amt der "unsäglichen Peinlichkeit des Parteien-Proporz" verdankt?

### Die Chance Londons

Von unserem Korrespondenten in New York

Der britische Außenminister hat in der vergangenen Woche in New York einen doppelten Erfolg verbuchen können. Einmal ist es ihm gelungen, die britische Außenpolitik sichtbar aus den "Fesseln" Washingtons zu lösen, zum anderen konnte er seinem Lande wie auch der Weltöffentlichkeit den Beweis antreten, daß sein persönliches Auftreten in- und außerhalb des UNO-Glaspalastes ein Glanzstück klassischer britischer Diplomatie war.

Die Krise in Fernen Osten und die heißen Fronten vor Quemoy hatten die britische Außenpolitik in ein sehr gefährliches Dilemma gestürzt. London, das diplomatische Beziehungen zu Peking, aber nicht zu Taipeh unterhält, mußte notwendigerweise ein großes Interesse an einer Klärung der Lage in der Straße von Formosa haben, vor allem durfte keine ernsthaftige Trübung des britisch-chinesischen Verhältnisses eintreten. Auf der anderen Seite aber gebot die versteifte Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber der Volksrepublik eine gewisse Zurückhaltung, um nicht neue Zerwürfnisse zwischen den USA und Großbritannien heraufzubeschwören.

Angesichts der Tatsache, daß die erregten Debatten im Forum der UNO kaum die Möglichkeiten einer "Verständigung" in sich bargen, die Gefährlichkeit eines weltweiten Konflikts aber immer augenscheinlicher wurde, glaubte London und sein Außenminister, das Heft des Handelns in die Hand nehmen zu müssen. Nicht in der Arena leidenschaftlicher Gefühlswallungen, sondern in der Sachlichkeit "privater" Gespräche wurden durch die Initiative Selwyn Lloyds neue "Fronten" arrangiert. Zuerst sprach der Außenminister mit den Sowjets, dann fanden Unterhandlungen zwischen britischen und indischen Politikern statt, und zuletzt erst wurden Besprechungen mit dem französischen und amerikanischen Außenminister abgehalten. Vom Anfang vergangener Woche bis zu ihrem Ende, vom Beginn der Lloydschen Mission bis zu ihrem Abschluß durchzieht ein roter Faden progressiver Entspannung die Entwicklung im Fernen Osten.

Heute kann man vermuten - gewisse Berichte aus Washington bestätigen dies - , daß es Selwyn Lloyd gelang, durch das Gespräch mit Gromyko Peking zu überzeugen, daß eine friedliche Verständigung im Konflikt um Quemoy die Chancen eines Einzuges der Volksrepublik China in die UNO erheblich erleichtern würde. Wie aus London zu hören war, soll sich der britische Außenminister bereiterklärt haben, eine Reise Tschu En Lais nach New York zu unterstützen.

Es darf nicht verwundern, daß die britische Außenpolitik im steigenden Maße bemüht ist, Indien in ein mögliches "Fernost-Gespräch" der Großmächte zu bringen. Man erhofft sich in London von einem stärkeren Engagement Delhis eine entscheidende Einflußnahme auf China - und die USA. Und dies besonders zu einem Zeitpunkt, da Selwyn Lloyd mit Erschrecken feststellen mußte, daß die Härte des John Foster Dulles die letzten Prestige-Reserven des Westens in Asien, aber auch in Afrika und Lateinamerika verspielte. London ergriff diese Chance, die in dem Versuch liegt, die Klüfte zu überbrücken. Und Lloyd hat sich dieses Versuchs mit glänzendem Geschick entledigt.

+ + +

27. September 1958

## Wahlvorbereitungen in Großbritannien

F.S. London

Am kommenden Montag beginnt in Scarborough der Parteitag Labours; am 8. Oktober wird der Kongreß der Tories in Blackpool eröffnet. Für beide Parteien sind diese Tagungen die letzte Möglichkeit, ihre Wahlprogramme zu überprüfen und festzulegen.

Als nächster Zeitpunkt für Neuwahlen wird der Monat Mai oder Oktober nächsten Jahres angenommen. Beide Termine könnten den Tories Gelegenheit geben, ihre immer noch ungünstige Position zu verbessern. Die Regierung rechnet mit außenpolitischen Erfolgen im nahen und fernen Osten und hofft, daß sie auf innerpolitischem Gebiet durch ihr nächstes Budget und durch einige Verbesserungen in der sozialen Gesetzgebung die Wählerschaft überzeugt, daß die konservative Partei alles andere als reaktionär ist. Seit der letzten Wahl im Jahre 1955 hat sie in rund 30 Nachwahlen große Verluste gehabt.

Die Konservativen verfolgen jedoch noch eine andere Strategie, die sie im Augenblick weniger in den Vordergrund stellen, aber benutzen und erweitern werden, sobald sich die Gelegenheit ergibt. Der linke Flügel der Labour Party und der Gewerkschaften, so hoffen die Tories, wird durch wachsende Arbeitslosigkeit, Teuerung, Steigerung der Mieten, durch eine Senkung des Lebensstandards so an Oberhand gewinnen, daß die gesamte Arbeiterbewegung durch neue Auseinandersetzungen geschwächt wird, in Mis-kredit gerät und die politisch nicht festgelegte Wählerschaft des Mittelstandes abgeschreckt wird.

Zum Parteitag der Labour Party liegen 428 Anträge vor, die zweifellos erkennen lassen, daß die Bewegung zur Linksausrichtung anhält, eine Tendenz, zu der auch der kürzlich stattgefundene Kongreß der Gewerkschaften neigte, obwohl sie vom Zentralvorstand nicht gestützt wurde. Die gleiche Zurückhaltung wird auch die Parteileitung üben, wenn die vier Hauptpunkte während der Konferenz zur Debatte stehen: Die Richtlinien zur Wirtschafts-, Kultur- und Landwirtschaftspolitik einer zukünftigen Labour Regierung. Mit dem vierten Punkt, den Problemen der Abrüstung, beschäftigt sich etwa ein Drittel aller Anträge, und in mehr als 100 Resolutionen allein wird von einer Labour Regierung gefordert, daß sie die Herstellung von atomischen Waffen und Versuche mit ihnen auch dann einstellt, wenn sie andere Staaten fortführen.

Auf dem vorjährigen Parteitag ist es der Parteileitung, nicht zuletzt durch das Referat von Aneurin Bevan, gelungen, ähnliche Anträge vom Parteitag ablehnen zu lassen. Nachdem aber der Partei- und Gewerkschaftsvorstand im März gemeinsam die konservative Regierung aufforderte, die Versuche mit atomaren Waffen für eine begrenzte Zeit, in der mit anderen Regierungen während einer Gipfelkonferenz generelle Abrüstungsabkommen getroffen werden sollten, einzustellen, ist nicht zu übersehen, ob der Parteitag auch diesmal zu Konzessionen bereit ist.

Es ist das große Verdienst des Parteiführers Hugh Gaitskell, daß es ihm gelungen ist, die Einheit der Partei zu sichern, obgleich sich die Differenzen zwischen dem rechten und linken Flügel der Arbeiterbewegung nicht verwischt haben. Es spricht aber für die Loyalität seines Antipoden Aneurin Bevan, daß auch er bisher zu einem Ausgleich beitrug, obgleich er dadurch an Popularität unter seinen Anhängern verlor. Seine Wiederwahl zum Schatzmeister der Partei, ein formales Amt, das jedoch einen Sitz im Parteivorstand einschließt, wird mit den Stimmen der Gewerkschafter erfolgen, die noch vor zwei Jahren seine stärksten Gegner waren.

+ + +

### China - eine Industriemacht im Werden

W.R. - Rotchina - Nationalchina! Zur Unterscheidung der rivalisierenden Kräfte hat sich die Welt an diese Halbwahrheit gewöhnt. Aber Tschiang Kai Scheck repräsentiert nicht mehr China, ja er hat es in seinen besten Tagen niemals repräsentieren können! Bürgerkriegsgenerale, Japaner, die Sowjetunion und der Westen machten ihm immer Teile seines Reiches streitig.

Tschiang Kai Scheck, der angetreten war, um das Werk des Revolutionärs und Reformators Sun Sen weiterzuführen, um China aus dem Sumpf korrupter Bürgerkriegsgenerale und Interessenkligen herauszuführen, hat seine von der Geschichte gestellte Aufgabe nicht gelöst. Alle Investitionen Amerikas, die es diesem General leistete und noch leistet, müssen als die größten Fehlinvestitionen der Weltgeschichte bezeichnet werden.

Ein anderer, sein großer Gegenspieler, der Bauernsohn Mao Tse Tung, konnte auf dem historisch reifen Boden dringender Reformen, seinen revolutionären Kommunismus in ganz China durchsetzen. 600 Millionen Menschen werden in den Händen dieses Herrschers neu geformt. Das Ziel ist, einen modernen Industriestaat zu schaffen, der eine neue Sozialstruktur des chinesischen Volkes bedingt.

Hilflos steht der Westen den ehrgeizigen Plänen der chinesischen Kommunisten gegenüber und glaubt, der Technifizierung Chinas einen abgehalfterten General als ausreichendes Äquivalent gegenüberzusetzen. Hinter den Rauchschwaden explodierender Granaten, die täglich auf die kleinen Inseln vor dem Festland fallen, ist eine neue Macht im Werden. Der Westen war und ist mit der weltpolitischen Lage so beschäftigt, daß er den innerchinesischen Veränderungen nur wenig Aufmerksamkeit schenkt.

Erinnern wir uns, des VIII. gesamtchinesischen Parteitags, der vom 5. bis 23. Mai ds. Jahres stattfand. Auf diesem Parteitag wurde die Generallinie der Kommunistischen Partei für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre festgelegt. Es heißt dort:

"Unter Anspannung aller Kräfte vorwärtsstrebend, den Sozialismus nach dem Prinzip aufbauen: mehr, schneller, besser, wirtschaftlicher."

Der Partei und der ganzen Nation wurden die neuen Aufgaben gestellt; technische Revolution und Kulturrevolution zur Veränderung der Sozialstruktur des chinesischen Volkes.

Mit der Deklaration dieser Ziele ist gleichzeitig ein gewisser Abschluß in die Vergesellschaftung fast aller Produktionsmittel eingetreten. Nach dem Ablauf des ersten Fünfjahresplanes sind 120 Millionen Bauernhöfe, das sind 96 % aller Bauernhöfe in Produktionsgenossenschaften zusammengefaßt worden. 5 Millionen Handwerker sind in Genossenschaften vereinigt worden, das sind 92 % aller Handwerker. In der privaten Industrie sind 70.000 Betriebe mit einem wertmäßigen Anteil von fast 100 % der Produktion verstaatlicht worden. 85 % aller in Handelsbetrieben Be-

schäftigten, sind in staatlichen Monopolbesitz überführt worden. Kurzum, es gibt außer auf den Sektoren des Handels und des Handwerks, keine Privatbetriebe mehr.

In dem Situationsbericht vom VIII. Parteitag heißt es: "Das System stützt sich bereits auf eine feste ökonomische Basis, um von da aus auf die neuen Ziele vorzustoßen". Von dieser staatlichen Basis aus wird die zweite, die technische und kulturelle Revolution zum Aufbau des Kommunismus vorgetragen. Die chinesischen Kommunisten gehen bei der Einschätzung der gegenwärtigen Lage durchaus von einer realen Position aus; denn sie sagen ganz offen:

"Nach der Bevölkerungszahl und nach dem Territorium ist die Volksrepublik China ein großes Land, aber der Wirtschaft und der Kultur nach - immer noch ein kleines. China steht in der Gesamtindustrieproduktion und den Hektarerträgen wie der Entwicklung der Wissenschaft und Technik unter vielen kapitalistischen Ländern."

Ähnlich wie in der Sowjetunion wird dem Tempo des Aufbaues zum modernen Industriestaat größte Bedeutung beigemessen.

"Wir brauchen", so heißt es, "ein Aufbautempo, das um das Mehrfache oder gar Vielfache höher ist, als das Tempo der kapitalistischen Länder." So soll z.B. die Produktion von Roheisen und Stahl u.a. wichtigen Industriegütern in spätestens fünfzehn Jahren größer sein, als die Englands.

Recht interessant ist bei den Planungen, daß nicht nur zentrale Projekte mit großen Investitionsmitteln vorgesehen sind, sondern regionalen und kommunalen Kleinindustrien mit nur geringen Investitionsmitteln gleiche Wichtigkeit zugemessen wird. Hier zeigt sich ein entscheidender Unterschied im industriellen Aufbau Chinas zu den zentralgelenkten Projekten in der Sowjetunion von 1927 bis 1957.

Der gewaltige industrielle Aufbau Chinas wäre nicht zu verwirklichen, wenn nicht breite Volksmassen eine bessere und gründlichere Schulung erhalten würden. Das Analphabetentum soll verschwinden, die chinesischen Schriftzeichen sollen reformiert, und nationale Minderheiten sollen in den Bildungsprozeß eingegliedert werden. Der Kulturplan sieht vor, daß die Grundschulpflicht verwirklicht werden soll und daß jener Amtsbezirk eigene Mittelschulen und daß in den Bezirken und Kreisen höhere Lehranstalten und wissenschaftliche Forschungstätten eingerichtet werden sollen. 5/6 der chinesischen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Diesen wichtiger Sektor schenken die Kommunisten größte Aufmerksamkeit. Nicht nur die Schwerindustrie wird in der Entwicklung als vorrangig betrachtet, sondern auch die Landwirtschaft, "Das Dorf als Stütze der Stadt", findet die nötige Beachtung.

Der Westen, insbesondere Amerika, täte gut, sich auf die Realitäten einzustellen. Denn von Taipeh führt kein Weg zurück nach Peking. Der Westen muß die Realität China sehen, sonst verliert er ganz Asien.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel